

Arbeiten am demokratischen Rechtsstaat, nicht am Abgrund

Eine soziologische Bestandsaufnahme von Arbeitssituation, Amtsethos und institutioneller Kultur in der Justiz

Kurz und knapp

Die Justiz sieht sich in der Verantwortung für eine demokratische Gestaltung unserer Gesellschaft. Hierfür bedarf es nachvollziehbarer Kommunikation justizjuristischer Entscheidungen und ausreichender personeller sowie materieller Ausstattung von Gerichten und Staatsanwaltschaften. Das zeigt eine aktuelle Bestandsaufnahme in der Justiz Niedersachsens durch das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI).

In der öffentlichen Diskussion häufen sich alarmierende Stimmen aus und über die Justiz. Diese umfassen Berichte aus überlasteten Staatsanwaltschaften (Süddeutsche Zeitung, 13.11.2020) bis hin zu „Abgrundszenarien“, die „Das Ende der Gerechtigkeit“ (Gnisa 2017) oder das „Ende der Wahrheitssuche“ (Wagner 2017) in den Gerichten befürchten lassen. Hinzu kommt die Forderung, dass sich die Justiz besser erklären müsse, um das Vertrauen der Bürger*innen in den Rechtsstaat zu stärken (Süddeutsche Zeitung, 1.10.2020). Tatsächlich zeigen repräsentative Befragungen ein stabil hohes Vertrauen der Bevölkerung in Gerichte und Gesetze. Zugleich wächst aber auch die Sorge, dass die Gerichte überlastet sind, dass Verfahren zu lange dauern und das Strafmaß nicht angemessen ist (Institut für Demoskopie Allensbach 2020). Doch wie nehmen die Richter*innen und Staatsanwält*innen selbst ihre Arbeitssituation und das Vertrauen der Bürger*innen in ihrer Arbeit wahr?

Eine aktuelle Bestandsaufnahme war Ziel des SOFI-Projekts „Die Hüter von Recht und Ordnung? Generationenwandel und institutionelle Kultur in der Rechtsprechung“. In der Justizforschung der vergangenen Jahrzehnte blieben Arbeitssituation, normative und biographische Grundlagen der Arbeit in Staatsanwaltschaften und Gerichten in der Regel unterbelichtet. Die Grundlage der SOFI-Studie von Birgit Apitzsch und Berthold Vogel bilden 85 leitfadengestützte Interviews, 12 Gruppendiskussionen und eine standardisierte Onlinebefragung von 483 Richter*innen, Staatsanwält*innen und Proberichter*innen. In den Gesprächen ging es

um Amtsethos und Berufsbiographien, institutionelle Kultur, berufliche Situation und Generationenwandel in den niedersächsischen Staatsanwaltschaften und Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Die Arbeitssituation in Gerichten und Staatsanwaltschaften

In den Interviews wie auch bei der quantitativen Befragung zeigte sich, dass die weit überwiegende Mehrheit der Richter*innen sowie der Staatsanwält*innen gerne in ihrem Beruf arbeiten. Arbeitsbelastung, Personalsituation sowie räumliche und technische Ausstattung werden dennoch sehr unterschiedlich erlebt. So wird die Ausstattung des Arbeitsplatzes von mehr als der Hälfte der Proberichter*innen kritisch bewertet. Proberichter*innen stellen den Teil der für die Justiz qualifizierten Jurist*innen dar, der sich zwar für eine Justizlaufbahn entschieden, aber noch keine Planstelle in Gerichten oder Staatsanwaltschaften innehat. Ebenso äußern viele der Befragten die Sorge, dass sie angesichts steigender Belastung durch unbesetzte Stellen oder durch komplexer, umfassender oder konflikthafter werdende Verfahren, eigenen professionellen Ansprüchen nicht genügend gerecht werden können. Hinzu kommt, dass die Justiz hinsichtlich der Vergütung oder der räumlichen und technischen Ausstattung im Wettbewerb mit Anwaltskanzleien oder der freien Wirtschaft steht. Die über Jahrzehnte selbstverständliche Rekrutierung sehr guter Jurist*innen steht zunehmend in Frage.

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher und kommunikativer Verantwortung

Dies führt unmittelbar zu den Fragen, wie Justizjurist*innen ihren Auftrag verstehen, wo sie ihre ‚Auftraggeber‘ und Verantwortung sehen und welche Maßstäbe sie an ihr eigenes Handeln anlegen. Die Erwartungen an sich und die Berufskolleg*innen richten sich zunächst – wenig überraschend – an Entscheidungsfreude, Unabhängigkeit, juristische Fachkenntnisse und Gerechtigkeitssinn. Ebenso hoch werden jedoch soziale Kompetenzen bewertet sowie die Fähigkeit, sich verständlich auszudrücken. Nicht das ‚Richten von oben‘, sondern die Entscheidungsbegründung auf Augenhöhe ist die Leitlinie der von uns befragten Justizjurist*innen. Dieses veränderte Selbstbild der Justiz spielt auch für die Anstrengungen in der Ausbildung von Nachwuchskräften eine zentrale Rolle – im Rahmen von Qualifikationsangeboten, aber ebenso beim informellen Austausch und Rückmeldungen an Kolleg*innen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Insgesamt zeigt die aktuelle Untersuchung im Vergleich zu früheren justizsoziologischen Analysen, dass Staatsanwält*innen und Richter*innen sich und die Justiz in einer umfassenden gesellschaftlichen Verantwortung sehen. Zwischen 79 % und 97 % der 483 befragten Proberichter*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen

stimmen in unserer Studie den Aussagen zu, dass sie Verantwortung für die Gesellschaft und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt tragen – und dass sie Gesellschaft mitgestalten.

In den Interviews wurde überdies deutlich, dass das Verstehen und Vertrauen der Öffentlichkeit und der konkret von justizjuristischen Entscheidungen Betroffenen ein Anliegen ist, dem aus Sicht der Befragten mit dem Überstreifen der Robe oder den juristisch und formal korrekten Urteilen allein nicht Genüge getan ist. Die persönliche Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung und mit den Möglichkeiten der Kommunikation mit Bürger*innen prägt, so zeigt die Untersuchung, die professionelle Sozialisation der Staatsanwält*innen und Richter*innen nicht nur an den Amts- sondern auch den Land- und Oberlandesgerichten.

Die Forderung „Kommunikation ist das Gebot der Stunde“ (Süddeutsche Zeitung, 1.10.2020) ist längst im Alltag der Gerichte und Staatsanwaltschaften angekommen. Sie prägt Personalauswahl und justizjuristische Sozialisation, ist aber nicht unabhängig von den personellen, technischen und räumlichen Ressourcen sowie dem Zeitdruck zu denken, unter denen am und im Rechtsstaat gearbeitet wird.

Literatur

Gnisa, J. (2017) Das Ende der Gerechtigkeit: ein Richter schlägt Alarm. Freiburg im Breisgau: Verlag Herder.

Institut für Demoskopie Allensbach (2020) Roland Rechtsreport 2020. Köln: Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG/Institut für Demoskopie Allensbach.

Süddeutsche Zeitung (1.10.2020): Darum darf die deutsche Justiz sich nicht in Sicherheit wiegen, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-rechtsstaat-justiz-deutschland-1.5052261>.

Süddeutsche Zeitung (13.11.2020): Ladendiebstahl? Ach was!, <https://www.sueddeutsche.de/karriere/justizwesen-ladendiebstahl-ach-was-1.5111414>.

Wagner, J. (2017) Ende der Wahrheitssuche. Justiz zwischen Macht und Ohnmacht. München: Beck.

Autorin und Autor

Dr. Birgit Apitzsch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am SOFI und forscht zum Wandel von Recht, Arbeit, Profession und Digitalisierung, unter anderem in dem hier vorgestellten Projekt und in einem Projekt zu den Folgen von Legal Technologies im Sozialrecht.

Prof. Dr. Berthold Vogel ist geschäftsführender Direktor des SOFI. Er forscht zu öffentlichen Gütern und deren Bedeutung für gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie zur personellen und institutionellen Entwicklung von Rechts- und Sozialstaat.

Das Projekt „Die Hüter von Recht und Ordnung? Generationenwandel und institutionelle Kultur in der Rechtsprechung“ wurde von 2016 bis 2020 vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) im Rahmen der Förderlinie Pro*Niedersachsen gefördert. Nähere Informationen zum Projekt sind auf unserer Instituts-Webseite zu finden:

<http://www.sofi.uni-goettingen.de/de/projekte/die-hueter-von-recht-und-ordnung-generationenwandel-und-institutionelle-kultur-in-der-rechtsprechung/projektinhalt/>

© Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI)
Stand: Dezember 2020